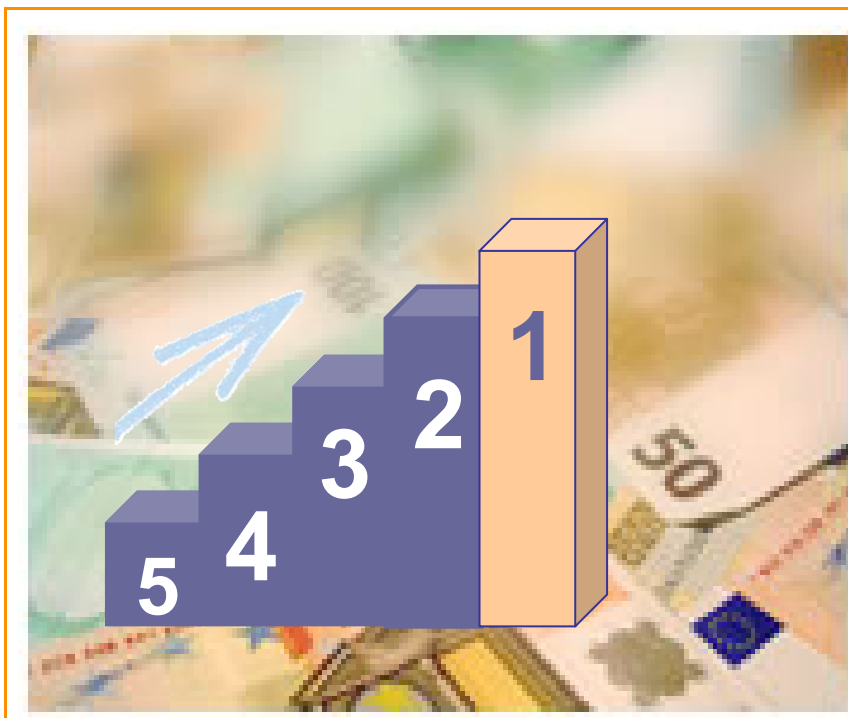


Stadtbeobachtung aktuell

42
2008

Die volkswirtschaftliche Entwicklung
in der Rhein-Main-Region

Wiesbaden nimmt Spitzenstellung ein




WIESBADEN

Amt für Wahlen,
Statistik und Stadtforschung



Herausgeber

Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Wahlen,
Statistik und Stadtforschung
Wilhelmstraße 32, 65183 Wiesbaden
ISSN: 1612-6246
- Februar 2008

Bezug

Amt für Wahlen,
Statistik und Stadtforschung
Information & Dokumentation
Postfach 39 20, 65029 Wiesbaden

Tel.: 06 11/31-54 34
FAX: 06 11/31-39 62
E-Mail: dokumentation@wiesbaden.de
Internet: www.wiesbaden.de

Statistische Auskünfte

Tel.: 06 11/31-24 03
E-Mail: statistik@wiesbaden.de



Alle Rechte vorbehalten
Vervielfältigung, auch auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet und mit der Bitte um ein Belegexemplar.
Für gewerbliche Zwecke ist es grundsätzlich nicht gestattet diese Veröffentlichung oder Teile daraus zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme zu speichern.

◆ Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung als Instrument der Wirtschaftsbeobachtung

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung stellt das umfassendste Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung

Die Wirtschaftskraft einer Kommune und der materielle Wohlstand ihrer Bürgerinnen und Bürger sind zentrale Eckpfeiler politischen Geschehens und werden immer wieder in der Öffentlichkeit thematisiert, wenn über Standortkonkurrenz zwischen den Städten, Zukunftsfähigkeit und Lebensstandard diskutiert wird. Welche monetären Werte werden von den Wirtschaftsbetrieben in Wiesbaden erwirtschaftet und verbleiben diese auch in der Stadt? Welches Einkommen steht den Wiesbadenerinnen und Wiesbadenern zum persönlichen Konsum und zur Ersparnisbildung zur Verfügung und wie platziert sich Wiesbaden im interkommunalen Vergleich mit den Rhein-Main Städten Frankfurt, Offenbach, Darmstadt und Mainz? Entsprechende statistische Daten über das Wirtschaftswachstum und die Einkommenssituation auf regionaler Ebene liefert die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR).

Die Entstehungsrechnung der VGR folgt dem Inlands-konzept, ...

Die VGR liefert einerseits Informationen über die **Entstehung** monetärer Werte als Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit in einer definierten Region. Dabei gilt das so genannte **Inlandskonzept**, demzufolge ausschließlich das erzielte Produktionsergebnis derjenigen Wirtschaftseinheiten einfließt, die innerhalb des Gebietes (also z. B. am Produktionsort Wiesbaden) ihren Sitz haben. Die **Bruttowertschöpfung** nach Kreisen stellt etwa einen Indikator für die dort erzielten gesamtwirtschaftlichen Leistungen dar. Sie ist an den Produktionsprozess gebunden und somit Ausdruck der **Wirtschaftskraft** vor Ort.

... die Verteilungsrechnung hingegen dem Inländerkonzept

Andererseits informiert die VGR auch über die **Verteilung** der aus dem Produktionsergebnis entstandenen Einkommen auf die Bereiche Staat, Unternehmen und private Haushalte. Die Verteilungsrechnung knüpft an die Entstehungsrechnung an. Hier gilt jedoch das **Inländerkonzept**. Demnach werden ausschließlich die Einkommen der als „Inländer“ definierten Wirtschaftseinheiten berücksichtigt. Im Bereich der privaten Haushalte sind

dies im Falle Wiesbadens Personen, die ihren Wohnsitz in der hessischen Landeshauptstadt haben. Dabei spielt es keine Rolle, wo das Einkommen erzielt wurde.

Ein kleines Beispiel

Ein kleines Beispiel: Herr M. wohnt in Wiesbaden und hat ein eigenes Architektenbüro mit Sitz in Mainz. Das Produktionsergebnis seiner Arbeit, z. B. in Form von Honoraren, trägt aufgrund des bei der Entstehung maßgeblichen Inlandskonzeptes zur Bruttowertschöpfung und somit zur Wirtschaftskraft der Stadt Mainz bei. Das Einkommen, das Herr M. aus seiner Tätigkeit als Architekt bezieht und das er später zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes verwendet, fließt jedoch in die Berechnung des Primäreinkommens und des Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte in Wiesbaden ein. Denn nach dem Inländerprinzip ist bei der Verwendung des Einkommens der Wohnsitz Wiesbaden maßgeblich.

*Das Verfügbare Einkommen
dient als Indikator
für die Kaufkraft*

Der Bericht bezieht sich hauptsächlich auf die Darstellung der Einkommen der privaten Haushalte und zieht als Indikatoren das Primäreinkommen und das Verfügbare Einkommen heran. Das **Primäreinkommen der privaten Haushalte** enthält die Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, die den innerhalb einer bestimmten Region lebenden privaten Haushalten zufließen. Durch Abzug der zu entrichtenden Steuern und Sozialbeiträge und durch Hinzurechnung von empfangenen staatlichen Transfers ergibt sich das **Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte**. Dieses kann letztendlich zum Konsum oder zur Ersparnisbildung eingesetzt werden und wird daher auch als Indikator für die Kaufkraft, den materiellen Wohlstand oder den Lebensstandard angesehen.

*Umverteilungsprozesse
sorgen für Ausgleich der Ein-
kommen zwischen den Regionen*

Die Tatsache, dass bei vielen Erwerbstätigen Arbeitsort und Wohnort nicht identisch sind, führt zu einer regionalen Umverteilung der aus der Wirtschaftskraft hervorgehenden Einkommen. Zusätzlich greift der Staat zur Finanzierung seiner vielfältigen Aufgaben über das Instrumentarium der *staatlichen Umverteilung* (Steuern, Sozialabgaben, Geldleistungen aus der Sozialversicherung, Renten etc.) in die Verteilung der Primäreinkom-

men der privaten Haushalte ein. Dies wirkt sich letztendlich auf das Verfügbare Einkommen als Indikator für die Kaufkraft aus.

Neben der Entwicklung von Wirtschaftskraft und Kaufkraft¹ werden daher im folgenden Beitrag auch die Umverteilungsprozesse einer näheren Betrachtung unterzogen. Es soll geklärt werden, welcher Anteil der Wirtschaftskraft durch Pendlerbewegungen aus den jeweiligen Kommunen abfließt und welche Auswirkungen die staatliche Umverteilung auf die Einkommen der Bewohnerinnen und Bewohner nimmt.

◆ Die Bruttowertschöpfung in den Rhein-Main-Städten

Wiesbaden war nur Vize im Städteranking der Bruttowertschöpfung ...

Im Bruttowertschöpfungsvergleich der fünf Rhein-Main-Städte nahm Wiesbaden nicht die Spitzenposition, sondern den zweiten Platz ein. Mit durchschnittlich 60 353 € p. a. war jede/r Erwerbstätige in Wiesbaden am kommunalen Wertschöpfungsprozess der Jahre 1996 bis 2005 beteiligt, das sind rund 87 % der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität eines Beschäftigten in Frankfurt (69 680 €/Jahr). Die hessische Metropole positionierte sich somit auf dem ersten Platz im Städteranking. Offenbach belegt mit 58 620 €/Jahr den dritten Platz. Darmstadt (52 402 €/Jahr) und Mainz (50 652 €/Jahr) folgen auf den Plätzen vier und fünf. Der Bundesdurchschnitt lag in der betrachteten Dekade bei 48 458 € p. a. und wurde von allen größeren Städten der Rhein-Main-Region übertroffen.

... allerdings mit dem dynamischstem Anstieg

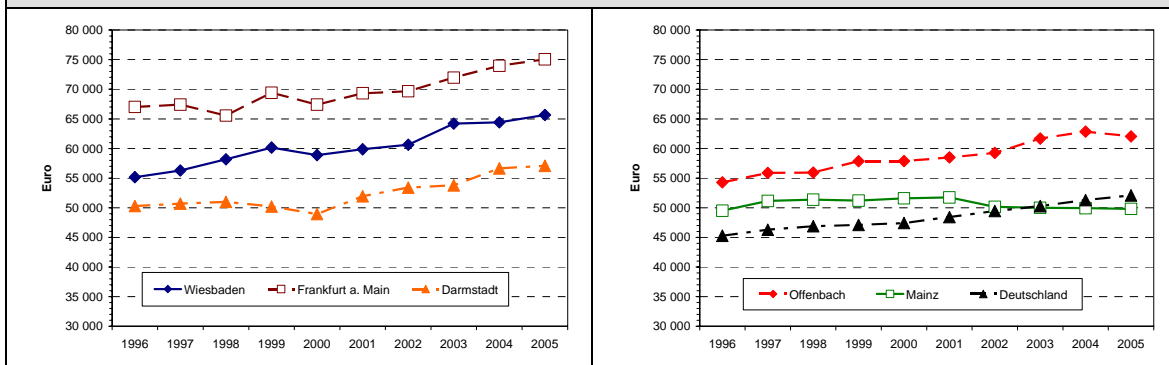
Die Rangfolge der fünf Städte mit Frankfurt am Main an der Spitze und Mainz als Schlusslicht bleibt im Zeitverlauf erhalten (s. Bild 1). Allerdings stand hinsichtlich der Entwicklungsdynamik nicht Frankfurt am Main, sondern die hessische Landeshauptstadt am besten da. Vom Basisjahr bis in das Jahr 2000 hinein weist Wiesbaden die höchste Steigerung in der Bruttowertschöpfung

1 Das Primäreinkommen und das Verfügbare Einkommen werden als deflationierte Größen dargestellt, um sie von Preissteigerungen seit dem Jahre 2000 zu bereinigen. Benutzt wird hierzu der allgemeine Verbraucherpreisindex für Deutschland (2000 = 100).

(+ 6,8 %) von allen betrachteten Rhein-Main-Städten auf. Selbst das Wachstum auf Bundesebene konnte mit dem Wiesbadens nicht Schritt halten. Im selben Zeitraum erzielten die Städte Offenbach (+ 6,6 %) und Mainz (+ 4,2 %) ein akzeptables Wachstum. Für Frankfurt am Main sind in der Top-Position kaum mehr Spielräume vorhanden gewesen (+ 0,6 %). Für Darmstadt ist ein deutlicher Abwärtstrend in der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität erkennbar (- 2,7 %).

In der zweiten Hälfte der Dekade, also von 2001 bis 2005, sind es wiederum die Beschäftigten in Wiesbaden und zudem die in Darmstadt, die eine überdurchschnittliche Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Rhein-Main-Region schultern (+ 9,7 % bzw. + 9,9 %). Auffällig ist, dass die Erwerbstätigen in Mainz seit 2003 ein unterdurchschnittliches Leistungsergebnis vorweisen (s. Bild 1).

Bild 1:
Entwicklung der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen 1996 - 2005



Quelle: Schätzgrößen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder,
Berechnungsstand: August 2006, eigene Berechnungen



*Frankfurt am Main und Darmstadt
lange ohne positiven Schub*

Wiesbadens Arbeitsproduktivität verbesserte sich nach 1996 kontinuierlich (bis 2005: + 19,1 %). Dies wird sich aller Voraussicht nach auch in den kommenden Jahren nicht dramatisch ändern. Aus Frankfurt am Main und Darmstadt kamen erst nach der Jahrtausendwende entscheidende Impulse zum gesamtwirtschaftlichen Fortschritt. Die Wachstumsraten am Ende des Betrachtungszeitraums reichten jedoch nicht aus, um sich dem bundesweiten Niveau anzunähern. Das gleiche gilt für die

rheinland-pfälzische Landeshauptstadt, in der die/der einzelne Erwerbstätige eine immer geringer werdende Bruttowertschöpfung erzielte. Demzufolge fiel die Arbeitsproduktivität jedes einzelnen Erwerbstätigen fast wieder auf das Niveau von 1996 zurück. Wenn die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität im Bundesmittel weiterhin solche Zuwächse verzeichnen sollte, könnten auch die Erwerbstätigen in Offenbach in den nächsten Jahren Schwierigkeiten haben, mit der bundesdeutschen Wirtschaftsleistung Schritt zu halten.

◆ Das Primäreinkommen der privaten Haushalte im Städtevergleich

Wiesbadener hatten das höchste preisbereinigte Primäreinkommen ...

Zwischen 1996 und 2005 hatte jede/r Wiesbadener/-in durchschnittlich 21 740 € Erwerbs- und Vermögenseinkommen (umgerechnet auf das Preisniveau im Jahre 2000). Damit belegte Wiesbaden im Rhein-Main-Städtevergleich den ersten Rang bei der Höhe des primären Pro-Kopf-Einkommens. An zweiter Stelle folgt Frankfurt am Main mit ca. 21 000 € und an dritter mit 20 800 € die Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz. Diese drei Städte sowie Darmstadt (20 300 €) befinden sich über dem Bundesdurchschnitt, der bei 18 550 € liegt. Offenbach (17 750 €) nimmt den letzten Rangplatz im Städtevergleich ein und erreicht nicht das Bundesniveau.

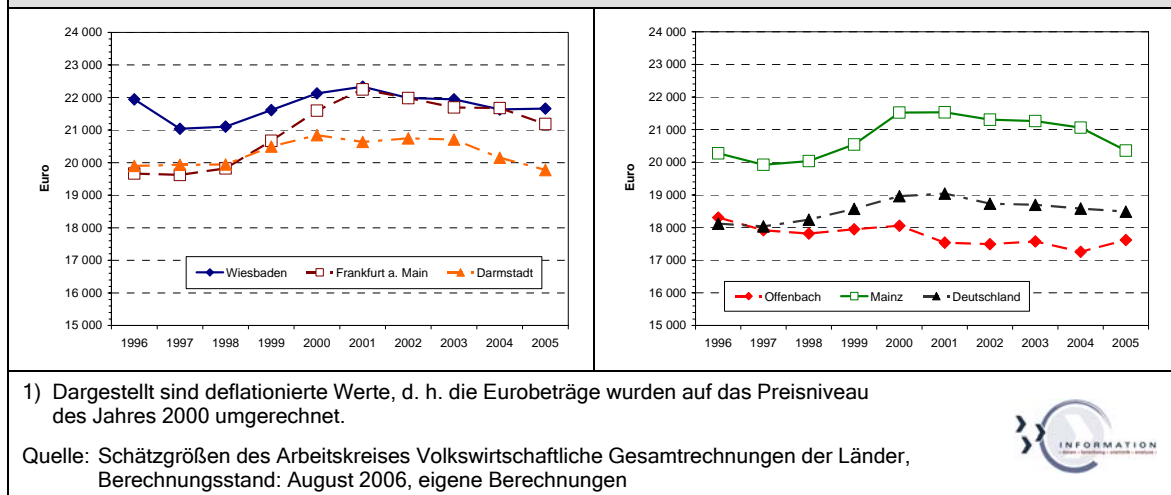
Frankfurter Einwohner/-innen holten schnell auf ...

Über die Zeit hinweg betrachtet, verlief die Einkommensentwicklung recht unterschiedlich in den einzelnen Städten (s. Bild 2). Im Basisjahr 1996 folgte Mainz noch dem Spitzenreiter Wiesbaden. Nach 1998 verdrängte Frankfurt am Main die Stadt Mainz auf den dritten und Darmstadt auf den vierten Rang. In den Folgejahren blieb diese Konstellation erhalten, allerdings kam es zu einer Annäherung des Frankfurter primären Pro-Kopf-Einkommens an das der Wiesbadener/-innen.

*und die Offenbacher/-innen
mussten Verluste hinnehmen*

Wie oben bereits angedeutet, verkörpert die Stadt Offenbach in der Entwicklung des Primäreinkommens je Einwohner in der Gruppe der Rhein-Main-Städte den Außenseiter. Offenbach ist nicht nur unterhalb des Bundesdurchschnittes, sondern die Entwicklung weist auch keine positive Dynamik auf. Entgegengesetzt zum allgemeinen erfreulichen Trend, insbesondere in Frankfurt am Main (+ 482 €/Jahr) und Mainz (+ 312 €/Jahr) fällt in der ersten Hälfte der Dekade der Saldo für die Offenbacher negativ aus (- 63 €/Jahr).

Bild 2:
Entwicklung des Primäreinkommens je Einwohner¹⁾ 1996 - 2005



*aber auch in Wiesbaden
musste man sich eine Zeit lang
einschränken*

Wiesbaden - selbst auf dem höchsten Niveau - erlebte in den Jahren 1997 und 1998 den stärksten Einbruch bei den Erwerbs- und Vermögenseinkommen seiner Bürgerinnen und Bürger. Bis zur Jahrtausendwende mussten die Wiesbadener/-innen Einkommensausfälle in Kauf nehmen, erst danach wurde das reale Niveau von 1996 überschritten. In Frankfurt am Main und Mainz ist diese Talsohle zwar auch erkennbar, allerdings waren die realen Verluste weitaus geringer und der Ausgangswert von 1996 wurde nach ein bis zwei Jahren schon übertroffen.

Die - bis auf Offenbach - in der Bilanz positive Entwicklung der primären Pro-Kopf-Einkommen in der ersten Hälfte der betrachteten Dekade mit einem Wachstum zwischen ein (Wiesbaden) und zehn Prozent (Frankfurt am

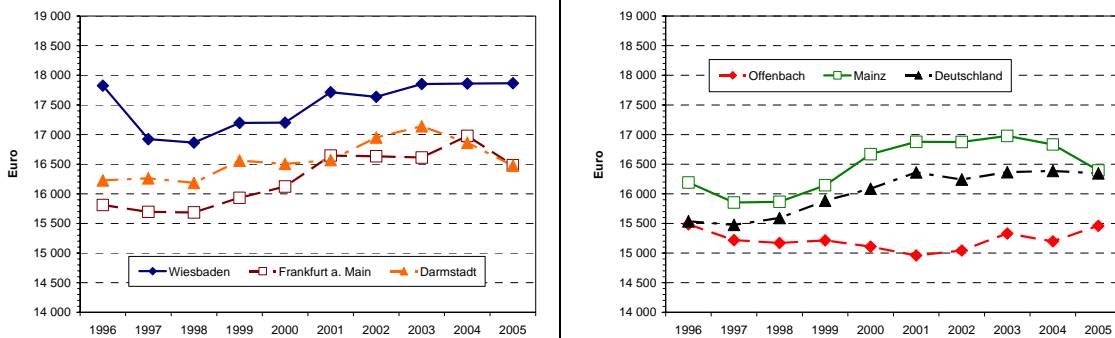
Main), konnte in der zweiten Hälfte nicht fortgeführt werden. Alle einbezogenen Städte hatten einen negativen Wachstumssaldo zu verkraften. Für die Wiesbadener/-innen und Frankfurter/-innen war der Einkommensverlust mit - 2,1 % bzw. - 1,9 % im Vergleich zum Jahre 2000 noch relativ gering ausgefallen. Für die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt Mainz sowie für Darmstadt ist der Rückgang des primären Pro-Kopf-Einkommens nach 2000 mit - 5,4 % bzw. - 5,1 % dagegen dramatischer. Fast genauso negativ entwickelte sich Darmstadt (- 5,1 %).

◆ Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte im Städtevergleich

Wiesbaden auch Spitzenreiter beim verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte

Beim zweiten wohnortbezogenen gesamtwirtschaftlichen Indikator, dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, nahm Wiesbaden von 1996 bis 2005 in der Skala der Rhein-Main-Städte jährlich den Spitzenplatz ein (s. Bild 3) - im Schnitt hatte jede/r Wiesbadener/-in pro Jahr 17 500 € frei verfügbares Einkommen (in Preisen von 2000). Mit ca. 920 € pro Jahr weniger (umgerechnet auf die Preise im Jahre 2000) für jeden Einwohner rangiert Darmstadt auf dem zweiten Platz. Mainz (16 470 €) und Frankfurt am Main (16 260 €) belegen den dritten und vierten Platz und liegen ebenfalls über dem deutschlandweiten Einkommensniveau von 16 030 €. Wie zu vermuten war, hat es unter allen größeren Rhein-Main-Städten Offenbach (15 220 €) am unerfreulichsten getroffen. Auch im Bundesmaßstab waren die Geldbörsen der Offenbacher/-innen nur unterdurchschnittlich gefüllt.

Bild 3:
Entwicklung des verfügbaren Einkommens je Einwohner¹⁾ 1996 - 2005



1) Dargestellt sind deflationierte Werte, d. h. die Eurobeträge wurden auf das Preisniveau des Jahres 2000 umgerechnet.

Quelle: Schätzgrößen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungsstand: August 2006, eigene Berechnungen



Wiesbadener/-innen hatten die höchste (preisbereinigte) Kaufkraft ...

Bei näherer Betrachtung sind die Stabilität von Wiesbaden und Offenbach und die Rangverschiebungen im „Mittelfeld“ auffällig. Wiesbaden hat auch noch im Jahre 2005 seine „Führungsposition“ inne und besitzt damit die höchste Kaufkraft in den Städten der Rhein-Main-Region. Am entgegengesetzten Ende der Rangliste - und mit der geringsten Kaufkraft - verharre beständig Offenbach. In der ersten Hälfte der Dekade gab es zwischen Mainz und Darmstadt auf der einen und Frankfurt am Main auf der anderen Seite größere Niveauunterschiede. In den Jahren 2000 und 2001 konnte Mainz den zweiten Rangplatz belegen. Zum Ende des Betrachtungszeitraumes gab es keine nennenswerten Differenzen zwischen Frankfurt am Main, Darmstadt und Mainz. Die Einwohnerinnen und Einwohner dieser drei Städte hatten 2005 ca. 1 000 € mehr Realeinkommen zur Verfügung als die Offenbacher/-innen, allerdings auch 1 415 € weniger als die Menschen, die in der hessischen Landeshauptstadt wohnten.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ergibt sich unmittelbar aus dem Primäreinkommen (vgl. S. 2). Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass sich die Entwicklungstrends beim Primäreinkommen und verfügbaren Einkommen ähneln.

... auf dem hohen Einkommensniveau gab es aber die stärksten Einschnitte

So schrumpfte zwischen 1996 und 2000 das verfügbare Einkommen pro Kopf am stärksten in Wiesbaden. Mit dem absolut hohen Einkommens- und Kaufkraftniveau korrespondiert auch der rapideste Abfall (- 3,5 %). Außerdem sind die Offenbacher/-innen von sinkenden Pro-Kopf-Einkommen betroffen gewesen (- 2,4 %). Mainz hatte in der ersten Hälfte der Dekade den progressivsten Anstieg unter allen Vergleichskommunen und demzufolge gelang es den Abstand zum Spitzenreiter Wiesbaden von 1 640 € im Basisjahr drastisch auf 530 € im Jahre 2000 zu verkleinern. Erst nach der Jahrtausendwende konnte Wiesbaden wieder positive Wachstumsraten vorweisen (+ 3,9 %), genauso wie Offenbach (+ 2,3 %) und Frankfurt am Main (+2,2 %). Dagegen mussten die Mainzer Bürgerinnen und Bürger - wie beim Primäreinkommen - die größten Einkommensverluste hinnehmen (- 1,5 %). Aller Voraussicht nach hat sich auch im Jahre 2006 an dieser Konstellation im Rhein-Main-Gebiet nichts Wesentliches geändert.

◆ Einkommensabflüsse durch Berufspendler

Auspendler verursachen einen Geldmittelzufluss, Einpendler einen Abfluss von Geldmitteln

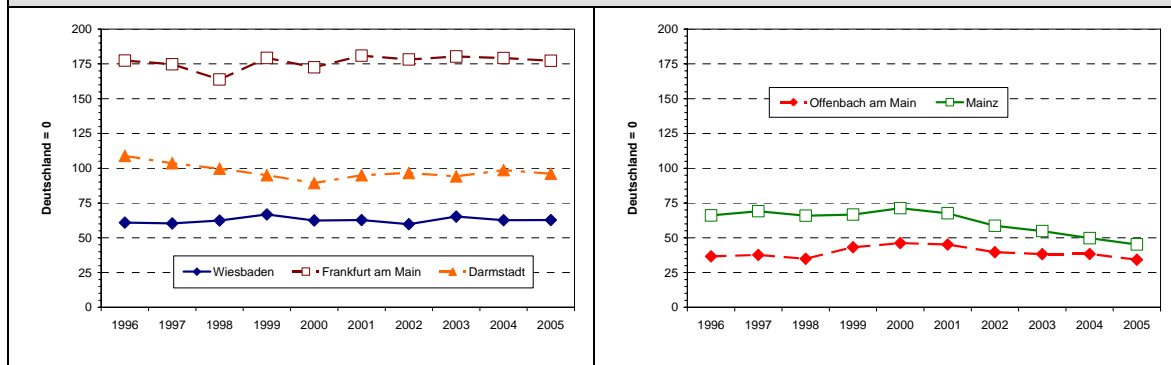
Die am Arbeitsort entstandene Wirtschaftskraft und die Einkommen am Wohnort differieren regional teilweise stark. Über Auspendler fließen den Städten monetäre Leistungen zu, die anderswo erbracht wurden. Analog fließen über Einpendler Geldmittel ab, die zwar innerhalb der Stadt erwirtschaftet wurden, von den Erwerbstätigen aber zu ihrem Wohnort gewissermaßen mitgenommen werden. Es ist also zu erwarten, dass der Abfluss von Geldmitteln umso größer ist, je stärker der Einpendlerüberschuss der jeweiligen Region ist.

Entwicklung eines Maßes für den Einkommenszu- und -abfluss

Um ein Maß für die angesprochenen Verhältnisse zu entwickeln, wird zuerst die Bruttowertschöpfung wie das Primäreinkommen auf die Einwohner am Wohnort bezogen. Die Bruttowertschöpfung und das Erwerbs- und Vermögenseinkommen pro Kopf werden dann in Relation zum jeweiligen Bundeswert gebracht (s. Bild 4 und Bild 5). Das Ausmaß des monetären Zu- und Abflusses

kann schließlich festgestellt werden, indem man diese beiden Indikatoren miteinander vergleicht (s. Bild 6).²

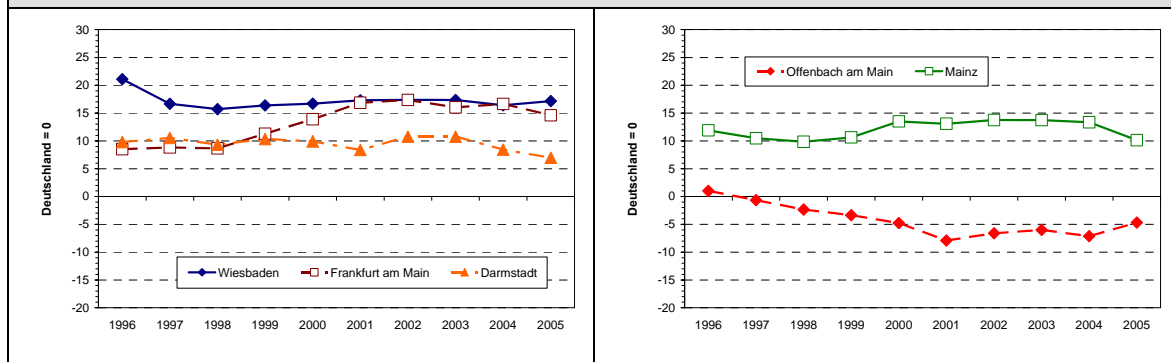
Bild 4:
Bruttowertschöpfung je Einwohner in Relation zum Bundeswert 1996 - 2005 (BRD = 0)



Quelle: Schätzgrößen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder,
Berechnungsstand: August 2006, eigene Berechnungen



Bild 5:
Primäreinkommen je Einwohner in Relation zum Bundeswert 1996 - 2005 (BRD = 0)



Quelle: Schätzgrößen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder,
Berechnungsstand: August 2006, eigene Berechnungen



*Starker Einkommensabfluss
in allen Städten*

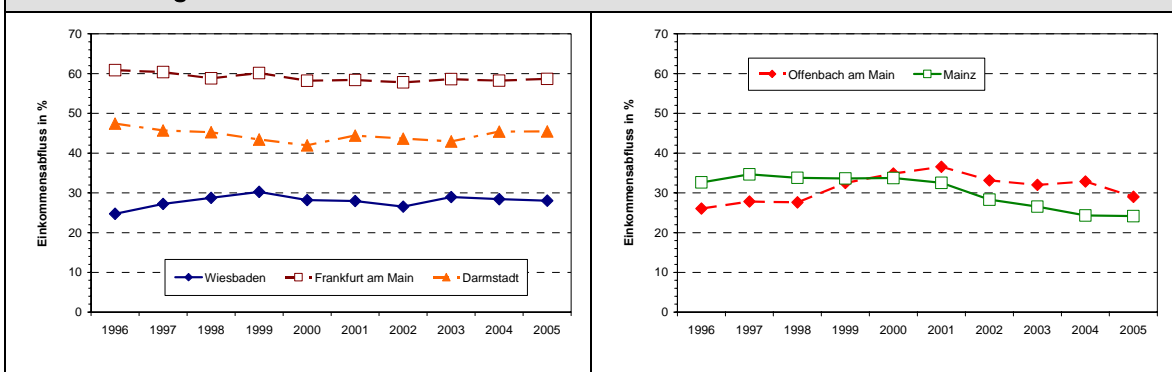
In allen kreisfreien Städten des Rhein-Main-Gebiets ist ein kräftiger Einkommensabfluss festzustellen, da die auf die Einwohner bezogene Bruttowertschöpfung den Bundeswert deutlich stärker übertrifft als das Pro-Kopf-Einkommen. Dieses Ergebnis war auch zu erwarten, wenn man bedenkt, dass die Städte als Oberzentren große Pendlerüberschüsse zu verzeichnen haben.

² Dies geschieht mit folgender Verhältnisgleichung: $(\text{Pro-Kopf-Einkommen der Stadt} / \text{Pro-Kopf-Einkommen des Bundes}) / (\text{Pro-Kopf-Bruttowertschöpfung der Stadt} / \text{Pro-Kopf-Bruttowertschöpfung des Bundes})$.

in Wiesbaden wird deutlich mehr erwirtschaftet als der Stadt zu Gute kommt

In Wiesbaden wurde im Zeitraum 1996 bis 2005 bezogen auf die Einwohnerzahl 62,6 % mehr erwirtschaftet als im Bundesdurchschnitt. Das Erwerbs- und Vermögenseinkommen pro Kopf lag zwar auch über dem Bundesdurchschnitt, im Zehnjahreszeitraum aber nur 17,2 %. Rein statistisch ergibt sich somit, dass durchschnittlich 27,9 % der in Wiesbaden erwirtschafteten Geldmittel über Einpendler in die Umgebung abfließen. Höher war der Abfluss noch im Jahr 1999, wo er über 30 % betrug. Seit dem Jahr 2000 gehen auffallend konstant 28 % der Wirtschaftskraft für die Einwohner der hessischen Landeshauptstadt verloren.

Bild 6:
Veränderung des Zu- und Abflusses 1996 - 2005



Quelle: Schätzgrößen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungsstand: August 2006, eigene Berechnungen



Einkommensabfluss in Mainz sinkend

In Mainz lag die Bruttowertschöpfung pro Einwohner im Schnitt 61,5 % über dem Bundeswert, allerdings mit stark fallender Tendenz seit 2001. Im Jahre 2005 wurde der Bundesdurchschnitt nur noch um 45,2 % übertroffen. Demgegenüber steht, dass das Pro-Kopf-Einkommen den Bundeswert um durchschnittlich 12,0 % übertraf. Der Einkommensabfluss betrug demzufolge bis 2001 über 30 %, wurde dann aber deutlich geringer und sank bis 2005 auf 24,1 %. Bis zum Jahr 2002 war der Einkommensverlust auch stärker als in Wiesbaden, während danach die Wirtschaftskraft der Stadt Mainz stärker bei der eigenen Bevölkerung verblieb als in der hessischen Landeshauptstadt. Aufgrund der im Mainzer Umland relativ stark gestiegenen Gewerbesteuererinnahmen, liegt die Ursache für den Verbleib eines größeren Einkommens...

mensanteils in der Stadt höchstwahrscheinlich in der Entstehung vieler Arbeitsplätze im Umland. D. h. im Umland wohnende und in Mainz arbeitende Erwerbstätige fanden zunähmst auch im Umland einen Arbeitsplatz.

*Einkommensabfluss in Frankfurt
und Darmstadt besonders groß*

In Darmstadt und vor allem in Frankfurt übertraf die auf die Einwohner bezogene Wirtschaftskraft die von Wiesbaden und Mainz deutlich. Die Wirtschaftskraft pro Kopf war in Darmstadt im Schnitt doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt, in Frankfurt wurde der Bundeswert sogar um durchschnittlich 175 % überboten. Da die Primäreinkommen aber geringfügig niedriger als in Wiesbaden und etwa auf demselben Niveau wie in Mainz ausfielen, ergab sich, dass deutlich größere Einkommensabflüsse zu beobachten waren. In Darmstadt flossen durchschnittlich 44,6 % des erwirtschafteten Einkommens in die Umgebung ab, in Frankfurt sogar 59,0 %. Oder anders ausgedrückt verblieben nur 41,0 % der Frankfurter Wirtschaftskraft innerhalb der Stadtgrenzen und kamen den eigenen Bürgerinnen und Bürgern zugute. Dies zeigt die absolut dominierende zentralörtliche Stellung von Frankfurt und in abgeschwächter Form auch von Darmstadt, das im Vergleich zu Wiesbaden und Mainz davon profitiert, dass kein anderes Arbeitsmarktzentrum in unmittelbarer räumlicher Nähe liegt.

*Einkommensabfluss in Offenbach
ungefähr auf dem selben Niveau
wie in Mainz und Wiesbaden*

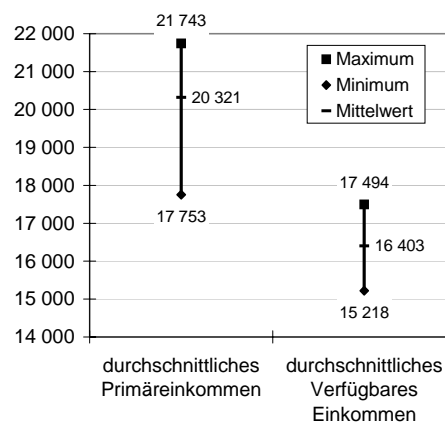
In Offenbach lag die Wirtschaftskraft pro Einwohner durchschnittlich nur 39,4 % höher als der Bundeswert. Da das Primäreinkommen aber sogar geringfügig niedriger ausfiel als im Durchschnitt Deutschlands, konnte ein Einkommensabfluss beobachtet werden, der etwa auf dem Niveau der beiden Landeshauptstädte von Hessen und Rheinland-Pfalz lag. Auffällig ist dabei aber eine relativ große Schwankung im zeitlichen Verlauf. Zwischen 1996 und 1999 floss weniger ab als in Mainz, danach mehr. Fast immer verblieb in Offenbach aber weniger Wirtschaftskraft innerhalb der eigenen Stadtgrenzen als in Wiesbaden.

*Staatlich induzierte
Umverteilung der Einkommen
zur Finanzierung staatlicher
Aufgaben*

◆ Staatliche Umverteilung des Einkommens

Über die staatlich induzierte Umverteilung greift der Bund in die Verteilung der Einkommen der privaten Haushalte ein. Der Mechanismus setzt an den Primäreinkommen an und funktioniert über die Entrichtung von Abgaben (direkte Steuern, Sozialbeiträge sowie aufzubringende Transfers) und den Bezug von monetären Leistungen (Renten, Sozialleistungen und weitere empfangende Transfers) durch die privaten Haushalte. In der Regel wird den Haushalten mehr an Steuern und Sozialabgaben entzogen, als ihnen über Sozialtransfers wieder zufließt. Der Rest kommt den Haushalten durch öffentlich finanzierte Dienstleistungen (z. B. Bildungs- und Gesundheitswesen) zugute oder geht in den Länderfinanzausgleich. Am Ende der staatlichen Umverteilung steht das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, das als Indikator zur Messung des „monetären Wohlstands“ genutzt werden kann.

Bild 7:
Spannweite und Mittelwert des primären und verfügbaren Einkommens in den Rhein-Main-Städten (Durchschnitt 1996 - 2005)



Quelle: Schätzgrößen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungsstand: August 2006, eigene Berechnungen



*Umverteilung gleicht
Einkommensunterschiede
in der Region an*

Zu den gewollten sozialpolitischen Zielen der Umverteilung gehört die Angleichung von Einkommensunterschieden zwischen den Regionen. Demnach sollte die Spannweite des verfügbaren Einkommens kleiner werden.

des Primäreinkommens sein. Dieser Effekt ist bei den Rhein-Main-Städten, die nur einen kleinen Ausschnitt des gesamten Umverteilungssystems darstellen, durchaus zu beobachten (s. Bild 7). Während die Spannweite des Primäreinkommens pro Kopf im Durchschnitt der zehn Jahre noch rund 4 000 € beträgt, schrumpft die Differenz zwischen dem höchsten und dem geringsten verfügbaren Einkommen auf rund 2 300 € zusammen.

Abschöpfung ist abhängig von Einkommenshöhe und soziodemographische Struktur der Bevölkerung

Die Differenz des verfügbaren Einkommens zum ursprünglichen Primäreinkommen gibt Auskunft über den Betrag der staatlichen Umverteilung. Der Umverteilungsprozess läuft regional durchaus differenziert ab und wird wechselseitig durch die Einkommenshöhe und die soziodemografische Struktur der Wohnbevölkerung gelenkt. Dabei haben Kriterien wie z. B. Alter, Haushaltsgröße, Vermögen, Arbeitslosigkeit, Zahl der SGB II-Empfänger und die Wirtschaftsstruktur maßgeblichen Einfluss auf die zu leistenden und die empfangenen Transfers. So wird etwa in einer Gemeinde mit einem hohen Bevölkerungsanteil an Personen über 65 Jahren durch die empfangenen Transfers aus der Altersversorgung weniger Primäreinkommen durch den Umverteilungsprozess abgeschöpft, als in einer Wohnsitzgemeinde mit einem hohen Anteil gut verdienender junger Menschen.

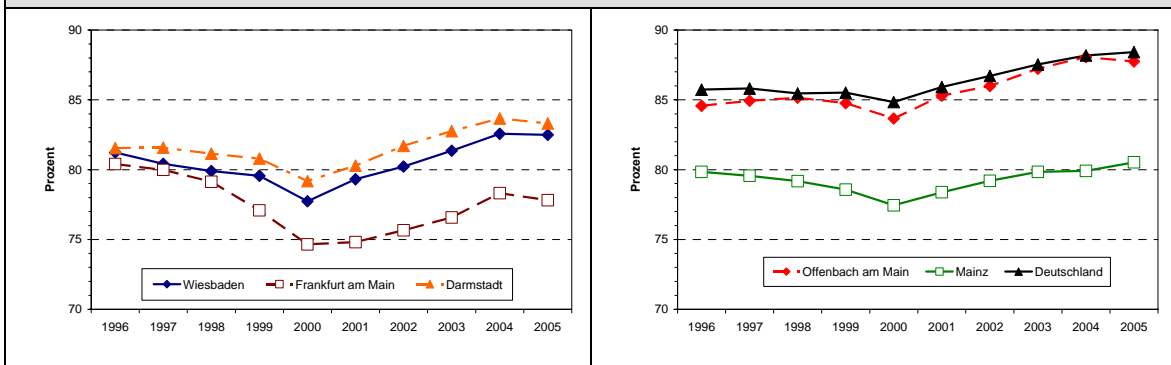
Rund ein Fünftel des primären Einkommens werden abgeschöpft

Durchschnittlich 80,5 % des Primäreinkommens verblieben im Beobachtungszeitraum 1996 bis 2005 den Wiesbadener/-innen als verfügbares Einkommen erhalten (s. Bild 8). Ein Fünftel des Erwerbs- und Vermögenseinkommens pro Kopf wurde durch den staatlichen Umverteilungsprozess abgeschöpft. Damit platziert sich die hessische Landeshauptstadt im Vergleich mit den Rhein-Main-Städten im Mittelfeld. Mit einem Anteil von 85,7 % des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen wurde bei den Bewohnern von Offenbach am wenigsten abgeschöpft, gefolgt von Darmstadt mit 81,6 %. In Mainz (79,2 %) und Frankfurt (77,4 %) strich der Staat die größten Anteile ein.

*Frankfurt über die Jahre
am meisten belastet,
Offenbach am wenigsten*

Diese Reihenfolge blieb über den beobachteten Zeitraum äußerst stabil. Lediglich in den ersten beiden Jahren zahlten die Mainzer einen verhältnismäßig größeren Anteil ihres Primäreinkommens in die staatliche Umverteilung als die Frankfurter.

Bild 8:
Anteil des Verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen¹⁾ (1996 - 2005)



1) Dargestellt sind deflationierte Werte, d. h. die realen Eurobeträge wurden auf das Preisniveau des Jahres 2000 umgerechnet.

Quelle: Schätzgrößen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungsstand: August 2006, eigene Berechnungen



*In der ersten Hälfte
der Dekade steigt die Abschöpfung
an,*

Im zeitlichen Verlauf zeigen alle Städte die gleiche zweiseitige Entwicklung. In den Jahren ab 1996 wuchs der durch die Umverteilung abgeschöpfte Anteil und erreichte 2000 seinen Höchststand. Mit anderen Worten blieb den Bürger/-innen in den fünf Jahren des ausgehenden 20. Jahrhundert nach der Umverteilung ein geringerer Anteil des Primäreinkommens zur Verfügung als noch im Referenzjahr. In dieser Zeit leisteten die Bewohner/-innen von Jahr zu Jahr vergleichsweise mehr Transfers und/oder sie bekamen auf der anderen Seite weniger.

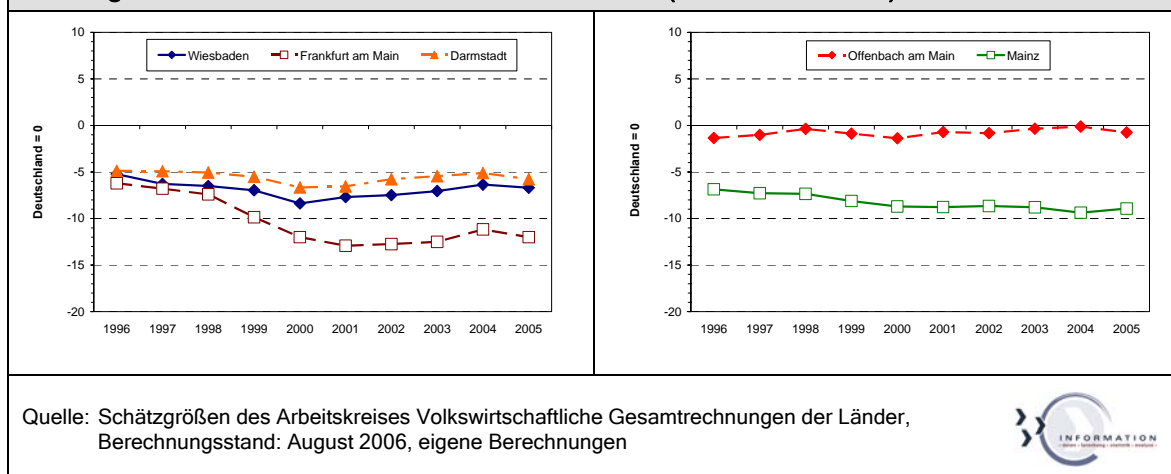
*in der
zweiten sinkt sie wieder*

Eine gegenteilige Entwicklung setzte nach der Jahrtausendwende ein. Durch verminderte Abgaben und/oder erhöhte empfangene Transfers sank die Abschöpfung durch die staatliche Umverteilung und ein größerer Anteil des Primäreinkommens blieb in den Städten der Rhein-Main-Region.

*Rhein-Main-Städte
durch Abschöpfung
mehr belastet als das Bundes-
mittel*

Neben der ähnlichen zeitlichen Entwicklung ist den Städten gemein, dass sie allesamt unterhalb des bundesdeutschen Durchschnitts liegen (s. Bild 9). Das bedeutet, dass in den betrachteten Rhein-Main-Städten im Rahmen der Einkommensumverteilung mehr Primäreinkommen abgeschöpft wird als im Bundesmittel. Im Falle Wiesbadens bedeutet dies im Durchschnitt der Jahre 6,9 % mit leicht steigender Tendenz, in Mainz 8,3 % und in Darmstadt 5,6 %. Am dichtesten am bundesdeutschen Durchschnitt liegt die Stadt Offenbach, deren Bewohnern weniger als ein Prozent mehr abgeschöpft wird. Die Frankfurter hingegen geben relativ gesehen mehr ab als der ‚Durchschnittsdeutsche‘, ganze 10,4 %.

Bild 9:
**Abschöpfung im Rahmen der Einkommensumverteilung
im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt (Deutschland = 0)**



*Kennzahlen
zeigen relativen Nutzen
bzw. Lasten durch staatliche Um-
verteilung*

Die Höhe der Kennzahlen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt erlaubt keine Aussage über die absolute Höhe des verfügbaren Einkommens oder das Wohlstandsniveau in den Kommunen, sondern zeigt, welche Kommunen bei der Einkommensumverteilung einen relativen Nutzen ziehen und welche relativ die Lasten tragen. Demnach trägt Frankfurt unter den betrachteten Städten die größte Last, Offenbach die geringste.

◆ Zusammenfassung

Alles in allem positioniert sich Wiesbaden in der gesamtwirtschaftlichen Bilanz unter den größeren Städten der Rhein-Main-Region mit folgenden Ergebnissen:

- Wiesbaden hat dicht hinter Frankfurt die höchste Wirtschaftskraft
- Wiesbaden weist im bundesdeutschen Vergleich ein überdurchschnittliches Wachstum der Wirtschaftskraft auf
- Wiesbaden nimmt beim Stand und beim Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens die Spitzenposition ein
- den Wiesbadenern standen jährlich die umfangreichsten finanziellen Mittel für Konsum und Ersparnisbildung zur Verfügung
- in Wiesbaden ist der Einkommensabfluss infolge von Berufspendlern am geringsten
- den Wiesbadenern geht nur etwa ein Fünftel des erwirtschafteten Primäreinkommens infolge der staatlichen Umverteilung verloren

Bearbeiter: Heiko Lindhorst,

Klaus Steinebächer



► Frühere Publikationen auf Anfrage möglich

25	Wiesbadener Online - Internetnutzung und Perspektiven für E-Government in der Wiesbadener Bevölkerung	(Juni 2003)
26	Sportverhalten der Wiesbadener Bevölkerung Teil I: Ergebnisse der Erwachsenenbefragung	(Juli 2003)
27	Sportverhalten der Wiesbadener Bevölkerung Teil II: Ergebnisse der Kinder- und Jugendbefragung	(Juli 2003)
28	Die Wiesbadener Stadtverwaltung und ihre Kunden	(Januar 2004)
29	Beteiligung als Teil der Bürgerfreundlichkeit planender Verwaltungsbereiche Wiesbadens	(August 2004)
30	Das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern aus der Sicht der Wiesbadener Bürger	(Juli 2004)
31	Wohndauer im Wandel Veränderungen in Wiesbaden von 1997 bis 2004	(Dezember 2005)
32	Das Heiratsverhalten von Wiesbadenern ausländischer Herkunft	(Januar 2006)
33	Berufspendler von und nach Wiesbaden	(Februar 2006)
34	Frauen in Wiesbaden	(März 2006)
35	Jugendliche in Wiesbaden Zu den Lebenslagen der 14- bis 22-Jährigen	(August 2006)
36	Die Entwicklung des Pkw-Bestandes in Wiesbaden 1995 - 2005	(September 2006)
37	Wohnen und Leben im Alter	(Juli 2007)
38	Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen in Wiesbaden	(August 2007)
39	Familienfreundlichkeit aus Bürgersicht Wiesbaden im Städtevergleich	(September 2007)
40	Nationalitätenspezifische Integration	(November 2007)
41	Wiesbadener Wanderungsbilanzen	(Dezember 2007)
42	Die volkswirtschaftliche Entwicklung in der Rhein-Main-Region Wiesbaden nimmt Spitzenstellung ein	(Februar 2008)

Publikationsbezug ist kostenfrei

Aktuelle Hefte sind im Internet abrufbar www.wiesbaden.de/statistik

Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung,
Information & Dokumentation, Postfach 39 20, 65029 Wiesbaden

☎ 06 11/31-54 34, FAX: 06 11/31-39 62

E-Mail: dokumentation@wiesbaden.de



Informierte wissen mehr ...



Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung
Wilhelmstraße 32 | 65183 Wiesbaden

Telefon 06 11 | 31 54 34
E-Mail dokumentation@wiesbaden.de



www.wiesbaden.de/statistik